



– 20.08.2020 –

„Nachhaltige Handelspolitik“

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Das internationale Handelssystem und das Paradigma offener Märkte stehen unter Druck – und das nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Infolge der Finanzkrise 2007/2009 wurde der freie Waren- und Kapitalverkehr zunehmend von einer freihandelskritischen Zivilgesellschaft infrage gestellt; unter Präsident Trump ziehen sich die USA nun aus internationalen Übereinkommen zurück und kündigen kooperative Lösungsansätze zugunsten einer protektionistischen Handelspolitik auf. Motive und Zielrichtung der Kritik sind allerdings grundverschieden: Während die Zivilgesellschaft vor allem Intransparenz in den Aushandlungsprozessen, die Einengung demokratischer Entscheidungsspielräume und die Nichtbeachtung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitsaspekte in der Handelspolitik kritisiert, verfolgt die Trump-Administration eine nationalistische my-country-first-Politik, die keineswegs an Fragen eines fairen und nachhaltigen Umbaus der Wirtschaft (oder des internationalen Handels) interessiert ist.

Für die Sozialdemokratie ist Handelspolitik zuallererst ein Instrument zur Gestaltung der Globalisierung. Die Bedeutung offener Grenzen wird dabei nicht angezweifelt, zumal in Deutschland viele qualitativ hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze vom Außenhandel abhängen. Handelspolitik muss aber auf fairen multilateralen Regeln basieren und alle Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Sozialdemokratische Ansätze unterscheiden sich von marktliberalen Überzeugungen grundsätzlich darin, dass Handelsbeziehungen politisch gesetzten Regeln folgen müssen. Ein faires und demokratisches Handelsregime bedeutet: Auf unseren Märkten werden Güter gehandelt, die unter gerechten sozialen und ökologischen Bedingungen sowie unter Wahrung der Menschenrechte erzeugt wurden; die Entwicklungschancen der Handelspartner aus dem Globalen Süden sind gewahrt und werden verbessert; durch Handel werden Rechte gestärkt und nicht untergraben; die staatlichen Möglichkeiten zur öffentlichen Daseinsvorsorge werden bei uns und in den Partnerländern nicht eingeschränkt und multilateralen Ansätzen wird Vorzug gegeben. Was es also braucht, ist eine neue gestaltungsfähige Handelspolitik, die wieder Vertrauen aufbaut, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärkt und Gerechtigkeit durchsetzt.

Wir wollen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern und Regionen ausbauen und vertiefen. Das Abkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR-Staatenbund ist deshalb ein wichtiges und ambitioniertes Projekt, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu festigen und zu stärken. Deshalb unterstützen wir den Ansatz, neben der Neuregelung der Handelspolitik zwischen den beiden Regionen auch der technischen Kooperation und dem politischen Dialog neuen Schwung zu verleihen. Für uns steht fest, dass alle drei Teile gemeinsam diskutiert, beschlossen und umgesetzt werden müssen. Eine Herauslösung des handelspolitischen Teils würde der ursprünglichen Idee des Assoziierungsabkommens, die Beziehungen zwischen der EU und den MERCOSUR-Ländern auf eine neue breite Grundlage zu stellen, widersprechen. Vor allem dürfen Vereinbarungen zur Einhaltung der Menschenrechte nicht von der wirtschaftlichen



42 Kooperation abgekoppelt und die Beteiligungsrechte der Zivilgesellschaft dürfen nicht
43 eingeschränkt werden.

44 Es ist ein Erfolg gerade auch der sozialdemokratischen Politik, dass in den vergangenen Jahren
45 Nachhaltigkeitskapitel mit Vereinbarungen zu sozialen und ökologischen Fragen zu einem
46 festen Bestandteil der EU-Handelsabkommen wurden. Diese müssen jedoch auch wirksam
47 und durchsetzbar sein. Für uns sind dabei drei Punkte zentral: Die wirksame Absicherung der
48 Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Garantie und Verteidigung von
49 Menschenrechten sowie die Durchsetzung von ökologischer Nachhaltigkeit.

50 Auch das EU-MERCOSUR-Abkommen verfügt über ein Nachhaltigkeitskapitel, das v.a.
51 hinsichtlich der Bestimmungen zu ökologischer Nachhaltigkeit (bspw. die Vereinbarungen zu
52 nachhaltiger Forstwirtschaft) eine Reihe fortschrittlicher Regeln enthält. Allerdings scheinen
53 die Bekenntnisse zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in der politischen Praxis nicht
54 handlungsleitend zu sein. Denn mit Blick auf die erwähnten drei Kernpunkte, müssen wir
55 feststellen, dass sich die Situation in einer Reihe von MERCOSUR-Ländern während der
56 Verhandlungen über das Abkommen nicht verbessert, sondern verschlechtert haben: Die
57 brasilianische Regierung hat die Spielräume für gewerkschaftliche Arbeit in den letzten Jahren
58 massiv eingeschränkt und das Recht auf Tarifverhandlungen untergraben; das Verbot von
59 Sklaven- sowie Kinderarbeit wurde gelockert. Brasilien wurde von der ILO in den vergangenen
60 beiden Jahren jeweils auf die Liste der Länder mit den weltweit größten Verstößen gegen
61 internationale Arbeitsstandards gesetzt. Polizeigewalt, Gewalt gegen Verteidigerinnen und
62 Verteidiger der Menschenrechte, gegen Indigene und LGBTI-Personen hat nicht nur in
63 Brasilien, sondern auch in anderen MERCOSUR-Ländern zugenommen. Und schließlich lässt
64 sich trotz der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens vor allem in Brasilien heute kaum
65 noch ein politischer Wille erkennen, die Klimaschutzziele zu erreichen. Vor allem die
66 Rodungen des Regenwaldes haben unter Präsident Bolsonaro dramatisch zugenommen. Aber
67 auch das bisher vorliegende Abkommen könnte unter diesen Bedingungen weitere Anreize
68 zur illegalen Rodung geben, indem es zollfreie Quoten zum Export von Rindfleisch, Ethanol
69 und Zucker festschreibt.

70 Diese Entwicklungen machen eines ganz deutlich: Ein Abkommen ohne verbindliche
71 Überprüfungs-, Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen wird nicht die Ergebnisse
72 erzielen, die man sich mit Blick auf die sozialere und nachhaltigere Gestaltung der
73 Handelspolitik auf die Fahnen geschrieben hat. Fehlt ein solches Instrument, bleiben
74 Vertragsverletzung folgenlos. Es muss daher einen robusten Mechanismus im Abkommen
75 geben, der auch gezielte finanzielle Sanktionen sowie die Entschädigung Betroffener vorsieht.
76 Die Menschenrechtsklausel muss zwingend im politischen Abkommen verankert werden.

77 Darüber hinaus wollen wir insgesamt für die Handelspolitik nach Corona einen Neustart, damit
78 Handel fairen und demokratischen Regeln unterliegt.

79

80 **Deshalb empfehlen wir folgende konkreten Handlungsschritte:**

- 81 1. Die SPD stärkt die globalen handelspolitischen Strukturen und unterstreicht damit ihr
82 Bekenntnis zu Solidarität und zu internationalen Verhandlungen auf Augenhöhe: Die
83 Welthandelsorganisation (WTO) muss als Überwachungs-, Durchsetzungs- sowie



84 Streitschlichtungsinstanz gestärkt werden, plurilaterale Abkommen müssen
85 grundsätzlich als offene Abkommen unter dem Dach der WTO und unter
86 Berücksichtigung der Interessen von Entwicklungsländern verhandelt werden und
87 bilaterale Verträge müssen zwingend WTO-konform sein.

88 2. Die SPD begrüßt die bisher erreichte Ausdehnung der Kontroll- und
89 Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes und unterstützt die weitere
90 Stärkung der demokratischen Prozesse und der Transparenz in der Handelspolitik.
91 Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft müssen an
92 Verhandlungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt und das Monitoring von
93 Handelsabkommen institutionell gestärkt werden – sowohl in der EU als auch in den
94 Partnerländern.

95 3. Die SPD fordert eine Neugestaltung von Investorenrechten und -pflichten. Die Zeit von
96 besonderen Rechten von ausländischen Investoren und Klagemöglichkeiten
97 gegenüber Staaten bei privaten Schiedsstellen muss vorbei sein. Arbeits- und
98 Sozialrecht, Umweltgesetze, Daseinsvorsorge sind originäre Rechte von Staaten und
99 dürfen nicht zum Gegenstand private Interessen werden. Allein eine mögliche
100 Diskriminierung von ausländischen Investoren gegenüber inländischen darf bei einem
101 öffentlichen Gericht, am besten bei einem internationalen Investitionsgericht,
102 behandelt werden. Solch ein Recht muss aber zwingend einhergehen mit der klaren
103 Pflicht, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und Klimaschutzauflagen einzuhalten
104 und keine Steuerflucht zu betreiben.

105 4. Die SPD achtet auf die Förderung und konsequente Durchsetzung der Standards bei
106 Arbeitsrechten sowie bei Nachhaltigkeitskapiteln: Handelspartner müssen bereits vor
107 dem Inkrafttreten eines Abkommens mindestens die Kernarbeitsnormen der
108 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert haben (oder zumindest einen
109 verbindlichen Umsetzungsplan vorlegen, der schon im Ratifizierungsprozess einsetzen
110 muss). Zudem muss ein neuer Streitschlichtungsmechanismus etabliert werden, in
111 dem auch Gewerkschaften die Möglichkeit eingeräumt wird, die vereinbarten
112 Standards einzufordern. Über einen Reaktionsmechanismus sollen Einzelpersonen
113 oder Unternehmen bei Vertragsverstößen gezielt finanziell sanktioniert und
114 Geschädigte finanziell entschädigt werden. Es ist wichtig, Ländern des Globalen Südens
115 positive Handelspräferenzen zu gewähren, wenn dort Produkte nachhaltig hergestellt
116 werden.

117 5. Die SPD lässt nicht nach im Kampf für eine faire und nachhaltige Organisation globaler
118 Lieferketten: Unternehmen müssen durch ein Gesetz zur Einhaltung
119 menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette verbindlich
120 verpflichtet werden. Der ökologische Umbau von Produktionskapazitäten in
121 Drittländern muss gefördert werden.

122 6. Die SPD garantiert dem Klimaschutz eine hervorgehobene Rolle in der Handelspolitik:
123 Ein Mechanismus zur Bepreisung des Imports von emissionsintensivhergestellten
124 Produkten muss etabliert werden. Bei bilateralen Verträgen muss die Ratifizierung des
125 Pariser Klimaabkommens Vorbedingung sein. Handels- und Investitionsregeln müssen



126 im Einklang mit klimapolitischen Zielen stehen; ökologisch und nachhaltig
127 produzierten Gütern muss Vorrang gegeben werden.

128 7. Beim digitalen Handel achtet die SPD darauf, dass die globale Ungleichheit nicht
129 verstärkt wird: Regeln zum digitalen Handel und zum Handel mit IT-Produkten dürfen
130 demokratische Handlungsspielräume nicht einengen, IT-Produkte, die auch zur
131 Verletzung von Menschenrechten genutzt werden können (dual-use) müssen unter
132 eine strenge Exportkontrolle, die Global Player der Digitalwirtschaft müssen
133 angemessen besteuert und die digitalen Bürgerinnen- und Bürgerrechte mit
134 internationalen Regeln gestärkt werden.